



an den Gebäudewänden angebracht werden (so werden langfristig auch Investitionskosten und Erhaltungsaufwand reduziert). Eine Überarbeitung des gesamten Schilderbestandes mit dem Ziel der Reduzierung sollte durchgeführt werden.

• Straßenbeleuchtung

Einige Straßen sind zu dunkel (z.B. Fehrfeld, Blumenstraße). Hier muss die Beleuchtung verbessert werden. Wo noch?

• Nutzung des öffentlichen Raums

Der öffentliche Raum ist gerade im Viertel sehr begrenzt, deshalb fordern wir eine systematische Kontrolle der Außenplätze der Gastronomen, mit dem Ziel die Durchgänge freizuhalten. Radfahrer sollen nicht die Gehwege nutzen, wenn auch marodes Kopfsteinpflaster es den Radfahrer/innen schwermacht. Wir fordern mehr Rücksichtnahme auf alle Verkehrsteilnehmer. Im gesamten Viertel fehlen Fahrradparkplätze. Wir wollen 1.000 Stellplätze in der Nähe der Geschäfte (z. B. in der Blumenstraße) schaffen. Das macht das Viertel für Fahrradfahrer/innen attraktiv und verringert den Autoverkehr. Die Regeln für Livemusik wollen wir transparent machen z. B. durch Veröffentlichung auf der Homepage des Ortsamtes.

• Qualität des Viertels steigern

Die zunehmend einseitiger werdende Struktur der Geschäfte, Restaurants und Kneipen erfordert eine „Qualitätsoffensive“

und aus unserer Sicht auch eine „Lenkung“.

Besonders im Steintor fällt auf, dass das Angebot einseitiger wird. Stellenweise scheinen Wettbüros, Ein-Euro-Shops und Kioske zu dominieren. Dies führt mittelfristig zu einer Abwärts spirale. Die Folge ist, dass dann nicht mehr die „Nahversorgung“ der Bewohner, Angebote für Gäste aus den anderen Stadtteilen sowie ein heterogenes Gaststätten- und Restaurantangebot gesichert sein wird. Das macht aber gerade das Viertel lebenswert.

Öffentliche Plätze aufwerten, gute Aufenthaltsqualität schaffen. Wie schaffen wir das? Wir freuen uns über Anregungen. Und nicht zuletzt: Qualität des Viertels erhalten heißt Kopfsteinpflaster erhalten (da, wo die Anwohner das möchten).

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte sind schon seit langem interessiert an der sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Weiterentwicklung unseres Viertels mit seinem besonderen Charme. Sie können uns gern dazu schreiben. Einfacher geht es, wenn Sie an unserer Online-Umfrage teilnehmen:

Schenken Sie uns 15 Minuten Ihrer Aufmerksamkeit und nehmen Sie an unserer Online-Diskussion teil. Unter www.viertel-gestalten.de können Sie mitgestalten!

Reinhold Wetjen

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT-MITTE: TERMINE UND INFORMATIONEN

Schauen Sie mal donnerstags an unserem Stammtisch Beim Paulskloster vorbei. In gemütlicher Runde tauschen wir uns zu aktuellen Themen aus:

**12.10. & 9.11. 20 Uhr Gaststätte Beim Paulskloster/
Mittelstraße**

Vielleicht interessieren Sie sich ja für die Themen „Auswertung der Bundestagswahl“, „Innenstadtentwicklung“ oder „Obdachlosigkeit in Bremen“? Dann besuchen Sie mittwochs unsere Mitgliederversammlungen:

27.9. 19.30 Uhr SPD-Fraktion, Wachtstr. 27/29, Eingang durch's Hotel („Auswertung der Bundestagswahl“)

25.10. 19.30 Uhr SPD-Fraktion, Wachtstr. 27/29, Eingang durch's Hotel („Innenstadtentwicklung“)

22.11. 19.30 Uhr SPD-Fraktion, Wachtstr. 27/29, Eingang durch's Hotel („Obdachlosigkeit in Bremen“, Referent: Bertold Reetz, Innere Mission)

Bei der SPD mitmachen? – Gerne

Der SPD-Ortsverein Bremen Altstadt-Mitte trifft sich regelmäßig, um aktuelle Themen aus dem Beirat und der Bürgerschaft zu besprechen. Er mischt sich in der Bremer SPD ein. Über das Jahr laden wir viele interessante Referentinnen und Referenten zu uns ein und informieren über ausgewählte Themen. Informieren Sie sich über aktuelle Termine und kontaktieren Sie uns über unsere Homepage www.spd-altstadt-mitte.de



Ihre Ansprechpersonen

Reinhold Wetjen • wetjen@rw-energie.de • 0421 – 79 48 049

Michael Steffen • m.steffen@posteo.de • 0421 – 336 58 77

Beirat: Birgit Olbrich • birgit.olbrich@googlemail.com

Holger Ilgner • ilgnerholger@web.de • 0421 – 794 99 77

Impressum:
Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte
V.i.S.d.P.: Reinhold Wetjen

c/o SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte
Redaktion & Layout: Dr. Bärbel Kühn, Michael Steffen, A. Schaa / Fotos: M. Steffen

PARTEILICH · REGIONAL · KOSTENLOS

DAS BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT-MITTE
2/2017 BREMEN

PORTRÄT: SARAH RYGLEWSKI

„Mein Ziel ist eine Gesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt und in der nicht jeder für sich selbst kämpfen muss. Notwendige Voraussetzungen dafür sind leistungsfähige Kommunen, die ihren Aufgaben nachkommen können, Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur, gerechte Renten und faire Löhne sowie eine Politik, die den Finanzmärkten klare Regeln setzt und stattdessen die Verbraucher schützt.“

Zu viele Menschen arbeiten in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen, viele finden seit Jahren keine Arbeit, gerade in Bremen. Deshalb setze ich mich dafür ein, prekäre und befristete Beschäftigung weiter zurückzu-

drängen und sachgrundlose Befristung zu beenden. Gerade jungen Menschen müssen wir gesicherte Arbeitsverhältnisse ermöglichen, damit sie langfristige finanzielle Verantwortung wie eine Familiengründung oder Altersvorsorge besser planen können. Um der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die in Bremen leider viele betrifft, müssen wir mehr Menschen durch öffentlich geförderte Beschäftigung wieder in Arbeit bringen. Auch nach dem Arbeitsleben müssen Menschen ein würdiges Leben im Alter führen können. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente, die nicht nur vor Armut schützt, sondern auch den Lebensstandard sichert.

→



Sarah Ryglewski

Direktkandidatin für den Wahlkreis 54 Bremen I. Die 34-Jährige vertritt die Interessen Bremens seit 2015 im Deutschen Bundestag und gestaltet sozialdemokratische Politik in den Ausschüssen für Finanzen und Petitionen mit. Die gebürtige Kölnerin, die 2001 in die SPD eintrat und seit 2010 SPD-Landesvorsitzende ist, zog 2002 zum Studium nach Bremen und schloss dieses als Diplom-Politikwissenschaftlerin ab. Danach arbeitete sie als Stadtteilmanagerin in den Ortsteilen Osterfeuerberg und Woltmershausen. 2011 bis 2015 war die Sozialdemokratin aus der Neustadt Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Schon als Juso-Landesvorsitzende standen eine gerechte Arbeitsmarktpolitik, bessere Bildungschancen und Lebensbedingungen für junge Menschen auf ihrer Agenda.

Die Bremerinnen und Bremer wissen am besten, wo investiert werden muss: In die Sanierung von Schulen, den Bau von Kitas und in mehr sozialen Wohnraum. Mein oberstes Ziel ist deshalb, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch den Bund zu sichern – damit auch Bremen jetzt in die Zukunft investieren kann. Die SPD steht dafür, dass in den kommenden Jahren mehr Bundesmittel in Bildung und soziale Infrastruktur fließen, während die CDU an ihrer schwarzen Null festhält.

Wer einen Kredit beantragt oder eine Altersvorsorge abschließt, ist auf gute Beratung angewiesen. Deshalb trete ich dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig noch besser vor unseriösen Finanzpraktiken geschützt werden. Gerechtfertigt ist nicht zuletzt, wenn sich alle an die Spielregeln halten und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen werden. Deshalb bedarf es einer konsequenten Bekämpfung von Steuerhinterziehung und einer höheren Besteuerung großer Vermögen.“

BITTE GEHEN SIE AM SONNTAG ZUR WAHL!

Am 24. September steht die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag und die Volksabstimmung über die Verlängerung der Bürgerschaftswahlperiode auf 5 Jahre an. Im Bundesland Bremen stehen insgesamt 16 Parteien und Landeslisten zur Wahl. Welche Präferenz Sie auch haben, welchen Kanzlerkandidaten oder -kandidatin Sie auch bevorzugen, das Wahlrecht ist unser wichtigstes politisches Grundrecht. Machen Sie deshalb bitte am kommenden Sonntag davon Gebrauch. Bestimmen Sie mit über die politische Zukunft unseres Landes.

DIE WAHLLOKALE SIND AM SONNTAG, 24. SEPTEMBER, VON 8:00 BIS 18:00 UHR GEÖFFNET.

KOMMENTAR – VOLKSENTSCHEID ÜBER DIE VERLÄNGERUNG DER WAHLPERIODE DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT

Der Wahltermin am 24. September bietet für uns Bremerinnen und Bremer ein kleines Kuriosum. Es wird nicht nur über die Zusammensetzung des 19. Deutschen Bundestages abgestimmt, in den Wahlbenachrichtigungen fanden sich dieses Mal auch kleine Heftchen im Din-A5-Format. In weißen Lettern betitelt mit den Worten „Informationsheft zum Volksentscheid über die Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft“. Ein Volksentscheid? – Nanu. Worüber sollen die Bremerinnen und Bremer denn noch abstimmen? Wenig wurde darüber berichtet, in der öffentlichen Diskussion ist das Thema bislang kaum vorgekommen. Kurz gesagt, geht es um eine Änderung der Bremer Landesverfassung.

Es soll darüber abgestimmt werden, ob die Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft in Zukunft statt der gewohnten 4 Jahre auf 5 Jahre verlängert werden soll. Mit einer Stimme für „JA“ wird der Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr zugestimmt, mit der Abgabe eines „NEIN“ wird für eine Beibehaltung der Wahlperiode über vier Jahre votiert. Der Volksentscheid über die Verfassungsänderung ist der erste in Bremen seit 23 Jahren und zusätzlich dazu sind im Gegensatz zur Bundestagswahl – laut Weser Kurier – auch 8362 Jugendliche im Alter von 16 bis 17 Jahren. Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, bei einer so weitreichenden Reform die Bremerinnen und Bürger zu befragen.

Mit einer Verlängerung der Wahlperiode wären auch die Amtszeiten der 22 Beiräte betroffen. Was spricht denn für eine Verlängerung der Wahlperiode? Ein Argument ist, dass 15 von 16 Bundesländern mittlerweile ebenfalls ihre Parlamente für 5 Jahre wählen. Bremen ist hier

nicht mit dem Argument ‚Geld‘ aufgewogen werden. Dazu verlieren die Wählerinnen und Wähler einen Teil ihrer Einflussmöglichkeiten, die nicht durch Elemente direkter Demokratie und zivilgesellschaftlichen Engagements ausgeglichen werden können. Das Argument,

Stimmzettel

für den Volksentscheid am 24. September 2017

Sie haben eine Stimme.

Frage: Stimmen Sie dem nachfolgend abgedruckten Gesetzentwurf der Bürgerschaft (Landtag) „Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft“ zu?

Ja

Nein

„Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft“

Der Senat verkündet das nachstehende durch Volksentscheid beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (SaBremR 100-a-1), die zuletzt durch Gesetz vom 20. Dezember 2016 (Brem.GBl. S. 904) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 75 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort ‚vier‘ durch das Wort ‚fünf‘ ersetzt.
2. Nach Artikel 154a wird folgender Artikel 154b eingefügt:

Artikel 154b

Artikel 75 Absatz 1 in der ab dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 2 dieses Gesetzes] geltenden Fassung ist erstmals auf die Wahl der 20. Bremischen Bürgerschaft anzuwenden.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

Begründung:

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:
Das Parlament als einziges unmittelbar demokratisch legitimes Verfassungsorgan bedarf der regelmäßig wiederkehrenden Legitimation durch Wahlen, damit die Staatstätigkeit insgesamt dem Volk verantwortlich bleibt. Bremen hat als letztes der 16 deutschen Bundesländer eine 4-jährige Wahlperiode.

Für eine Optimierung der Funktionsfähigkeit der Bremischen Bürgerschaft durch eine Verlängerung der Wahlperiode von derzeit vier Jahren um ein Jahr auf fünf Jahre sprechen gewichtige Argumente. Die Arbeit der Abgeordneten, beispielsweise im Hinblick auf eine geringere Einarbeitungszeit, verbesserte Umsetzungsmöglichkeit komplexerer Gesetzesvorhaben oder weniger bevorstehender Aktivitäten in Wahlkämpfen, wird hierdurch effektiviert. Politische Initiativen geraten zum Ende einer Legislaturperiode oder in der Schwebe nach einer Wahl oft ins Stocken oder fallen gar der sogenannten Diskontinuität zum Opfer.

Gleichzeitig sind Wahlen Kernstück einer parlamentarischen Demokratie und dürfen nicht als lästige Unterbrechung des eigentlichen politischen Geschäfts betrachtet werden. Wahlen stellen faktisch für viele Menschen eine der wenigen direkten Teilnahmeformen dar. Die Verlängerung von 4- auf 5-Jahresintervalle verringert diese Möglichkeit über die Zeit und ist daher auch unter den in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen umstritten. Um den Berechtigten selbst die Entscheidung zu überlassen, soll diese Änderung der Landesverfassung nur erfolgen, wenn sich die wahlberechtigte Bevölkerung dafür ausgesprochen hat. Dafür soll das Mittel des Volksentscheids herangezogen werden.

Zu Nummer 2:
Die Vorschrift stellt klar, dass die Wahlperiode der gegenwärtigen 19. Bremischen Bürgerschaft von der Änderung nicht betroffen ist. Erst die nächste 20. Bremische Bürgerschaft soll für fünf Jahre gewählt werden.

Zu Artikel 2:
Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Zum Volksentscheid:
Mit einem Kreuz bei „Ja“ wird der Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr auf fünf Jahre zugestimmt. Ein Kreuz bei „Nein“ führt zur Ablehnung des Gesetzentwurfs und einer Beibehaltung der Wahlperiode über vier Jahre.

die Ausnahme. Die Abgeordneten haben mehr Zeit für die Umsetzung von Vorhaben. Seltener zu wählen bedeutet Geld zu sparen, außerdem gäbe es bereits außerhalb der Wahlen für die Bürgerinnen und Bürger genug Mitwirkungsmöglichkeiten, so die Befürworter der Verlängerung. Keines dieser Argumente trägt wirklich! Demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten – und eine Wahl ist die wirkungsvollste – kön-

nicht alle anderen es auch so machen verbietet sich von selbst. Zu einer lebendigen Demokratie gehören auch häufige und effektive Einflussmöglichkeiten wie Wahlen. Eine Verlängerung der Abstimmungsperioden trägt dem keine Rechnung.

(Der Kommentar stellt die Meinung des Autors dar.)

Michael Steffen

WIR WOLLEN DAS „VIERTEL“ MIT IHRER HILFE GESTALTEN

Im Viertel lässt es sich wunderbar leben. Es ist ein begehrter Ort zum Wohnen und Einkaufen, aber auch zum Spaziergehen, zum Feiern oder einfach zum Eis essen. Bei genauer Betrachtung sehen wir allerdings auch einige Herausforderungen und Veränderungsbedarfe. Das wollen wir nun gründlich bearbeiten und möglichst viele aus dem Stadtteil einbeziehen. Bisher haben wir schon mit einigen Menschen im Viertel gesprochen. Daraus sind einige Fragestellungen identifiziert worden. Auf diese Fragen wollen wir Antworten finden.



auf geteertem Mittelstreifen zwischen den Schienen vom Sielwall bis zur Haltestelle Theater am Goetheplatz eine gute Maßnahme.

Gern würden wir auch Tempo 30 in den Straßen Am Dobben und Dobbenweg einführen, mehr sollte man hier sowieso nicht fahren. Die schwierige Situation im Sielwall durch die parkenden Autos möchten wir durch ein Halteverbot in der Straße Sielwall (Westseite vom O-Weg bis zum Körnerwall) entschärfen.

• Parken

Es fehlen Parkplätze im Viertel und zwar für Anwohner, Gäste, Pendler und Kunden der Geschäfte. Platz für neue Parkflächen ist so gut wie nicht vorhanden. Daher wollen wir Platz schaffen und denken dabei u. a. an den Bau von Quartiersgaragen und Anwohnerparken (flächendeckend).

• Straßenverkehr

Die durchgezogene Linie auf der Straße Vor dem Steintor schafft zusätzlichen Verkehr in den Nebenstraßen. Sie ist daher abzuschaffen. Inzwischen sind die PKW auf dieser Straße mit geringem Tempo unterwegs. Daher werden die Straßenbahnen durch die Linksabbieger kaum noch „behindert“. Für Radfahrer wäre das Fahren auf dem O-Weg

• Müll

Die Sauberkeit der Straßen und Plätze im Viertel hat spürbar abgenommen. Daher fordern wir, den Quartiersservice in beiden Stadtteilen aufzustocken und gleichzeitig dessen Qualität zu verbessern. Wir brauchen größere Müllgefäße und eine Wochenendleerung an neuralgischen Plätzen (z. B. sonntagmorgens).

• Verkehrsschilder

Die Verkehrsflächen sind rar im Viertel. Es stehen viele Verkehrsschilder im Viertel, einige davon sind schon lange nicht mehr lesbar. Die Straßennamen-Schilder nehmen zusätzliche Flächen in Anspruch (insbesondere auch, weil dort gern Fahrräder geparkt werden). Eine Lösung wäre, dass die Straßennamen wieder